



ORGANIZING  
SOLIDARITY  
FOR ACTIVISTS  
SINCE 1921

# ROTE HILFE DRESDEN

ZINE  
JUNI/JULI



BECAUSE WE ARE YOUR FRIENDS.

## Impressum

Bundesvorstand Rote Hilfe e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255  
37022 Göttingen

Tel.: +49 (0)551 - 7 70 80 08  
Fax: +49 (0)551 - 7 70 80 09  
[bundesvorstand@rote-hilfe.de](mailto:bundesvorstand@rote-hilfe.de)

Rote Hilfe e.V. | Ortsgruppe Dresden  
Rudolf-Leonhard-Straße 39  
01097 Dresden  
[dresden@rote-hilfe.de](mailto:dresden@rote-hilfe.de)

Die Rote Hilfe e. V. ist eine strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation, welche Menschen unterstützt, die von staatlicher Repression betroffen sind.

Dabei sind unter anderem antirassistische, antifaschistische und antisexistische Haltungen und der Kampf um ein selbstbestimmtes Leben die wesentlichen Grundlagen für unsere Arbeit.

Wir bieten jeden Dienstag eine Sprechstunde zur Beratung in Rechtsfragen an, vermitteln euch gegebenenfalls Anwält\_innen und begleiten politische Prozesse.

Solltet ihr von Repression betroffen sein, so gilt zunächst immer eines: Ruhe bewahren! Achtung: Formaljuristische Fristen laufen ab! Es zählt das Datum der postalischen Zustellung, auch wenn ihr im Urlaub o. ä. seid. Deshalb rechtzeitig Einspruch einlegen und/oder bei der Roten Hilfe melden!

Die wichtigsten Voraussetzungen für unsere Arbeit gegen staatliche Repression sind:

- Keine Aussagen. Nehmt euer Recht auf Aussageverweigerung wahr.
- Keine Zeug\_innen benennen. Wir verraten keine Freund\_innen.
- Keine Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft.

---

[www.rotehilfedresden.noblogs.org](http://www.rotehilfedresden.noblogs.org)

[dresden@rote-hilfe.de](mailto:dresden@rote-hilfe.de)

Sprechstunde:

jeden Dienstag ab 19 Uhr

AZ Conni

Rudolf-Leonard-Straße 39

01097 Dresden



**Kontakt:** Rote Hilfe e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Tel.: 0551 / 770 80 08, Fax: 0551 / 770 80 09  
bundesvorstand@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de

V. i. S. d. P.: H. Lange, Postfach 3255, 37022 Göttingen, E.i.S.

## Beitrittserklärung ★ R o t e H i l f e e . V .

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.
- außerdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert.
- Ich möchte regelmäßig den E-Mail-Newsletter erhalten.
- Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e.V. mit dem Betreff *Mitgliedsbeitrag*
- Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruf ich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von 8 Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die/der KontoinhaberIn die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der/des KontoinhaberIn und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen **Mindestbeitrag** von  jährlich 90,- € | anderer Betrag   
 halbjährlich 45,- € | anderer Betrag   
 vierteljährlich 22,50 € | anderer Betrag   
 monatlich 7,50 € | anderer Betrag

Ich zahle einen **Solibeitrag** von  jährlich 120,- €  monatlich 10,- €

*Der Normalbeitrag beträgt 7,50 € / Monat, der ermäßigte Mindestbeitrag (für SchülerInnen, Erwerbslose usw.) 3,- €*

- Ich bin schon Mitglied und ändere meinen Beitrag auf
- Ich bin schon Mitglied und ändere meine Adresse, Kontakt- oder Kontodaten wie unten

Vorname und Name Mitglied/Neumitglied

Straße und Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefonnummer

e-mail (wird ausschließlich vereinsintern verwendet)

Name und Ort des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum und Unterschrift Mitglied/Neumitglied

Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand, Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZZ00000318799  
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

## inhalt

### ... Rote Hilfe

„Operation Phönix“: Repression in Czech Republic. Rote Hilfe Dresden.....1

### ... Nachrichten aus dem Knast

Belarus: Protest gegen Folter im Gefängnis. ABC Belarus/ABC Dresden.....2

Mai 2015: 6. Update Nicht-freilassung. Marco Camenisch.....2

### ... Recherche, Analyse und Kritik

Der Angriff auf die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen. Unbekannt. veröffentlicht auf linksunten.indymedia.org.....3

Boote, die voll werden können, gehören abgeschafft! Luxusliner für alle! assoziati on gegen kapital und nation.....4

Policing Frankfurt, Europäischer Überblick – Europäische Zusammenarbeit der Behörden. Kristian M.Rye.....7

Update zu den §129b Verfahren. Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen.....11

Ukraine: Truce the least bad option, but it gave space to fascists on all sides. Autonomous Workers Union.....12

Outingaktionen in Dresden. Anonym auf linksunten.indymedia.org.....13

### ...Rote Hilfe

#### **„Operation Phönix“: Repression in Czech Republic.** Rote Hilfe Dresden

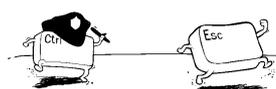
Since the 28th of april there is a campaign against left activists running in Czech. Because of their nationwide network and some direct actions against the owners of the restaurant „Riskarna“ in Prague anarchist networks are aimed by police surveillance and stakeout. [www.afed.cz/english](http://www.afed.cz/english)

A czech police unit against "organizedcrime" was violently raiding individuals and housing project. While this attack ten people were imprisoned. As far as we know three of them are still in prison, the others were set free after interrogations. Activists explained that their lawyers are trying to fetch more information about the operation. Money is needed to pay the Laywers and to rebuild the infrastructure which the cops took away – for example servers. At the same time the cops attacked the Squat „Cibulka“ in Prague, evicted it and took twelve persons with them.

We call for donation to help the czech activists to pay their lawyers!

Near us a big repression campaign is runing and activists are imprisoned for their political engagement. We do not know how this will develope but what we need to do is quite clear. Contact your friends in Czech Republic, try to get in contact if you do not have any and show your solidarity with them! Let's make sure that these interrogations and attacks lead into nowhere and the comrades can go on with their struggle! Let's fight against state repression!  
Solidarity is a weapon!  
Solidarity with those affected by this repression!

Donations to:  
owner: Rote Hilfe Dresden  
subject: Anti-Phönix  
IBAN: DE72 3601 0043 0609 7604 34  
BIC : PBNKDEFF



...Nachrichten aus dem Knast**Belarus: Protest gegen Folter im Gefängnis - Anarchist Mikalai Dziadok schneidet sich Bauch und Arme auf.** ABC Belarus/ABC Dresden

Mit dieser dramatischen Aktion protestierte Mikalai Dziadok gegen die Folter durch Gefängniswärter. Der Viasna Menschenrechtscenter bekam diese Informationen von Valeria Khotsina, der Ehefrau des politischen Gefangenen.

Am 12. Mai wurde Mikalai Dziadok in die Justizvollzugsanstalt Nummer 9 in Horki gebracht, wo er seine neue Gefängnisstrafe absitzen soll. Am 13. Mai wurde er in eine Strafzelle für fünf Tage geworfen. Am 19. Mai wurde er in Einzelhaft überführt. Mikalai verbrachte die ganze Nacht in einer sehr kalten Zelle und forderte in einer andere überführt zu werden.

Am Morgen des 20. Mais, schnitt er sich den Bauch und die Arme auf um die Aufmerksamkeit der Wärter zu erlangen. Die ist oft der letzte Ausweg von Gefangenen ihre Situation wenigstens ein bisschen zu verändern. Daraufhin wurde er in der Krankenabteilung medizinisch versorgt, danach aber wieder zurück in die selbe kalte Zelle gebracht. Nach Angaben von Valeria Khotsina erhielt ihr Ehemann bereits fünf Sanktionen.

Mikalai Dziadok hat bisher 4,5 Jahre im Gefängnis verbracht wegen angeblicher zerstörerischer Aktionen gegen offizielle Gebäude. Er wurde im Rahmen der großen Repressionswelle gegen Anarchist\_innen im Jahr 2010 verurteilt. Seine Haftstrafe endete eigentlich am 3. März 2015. Allerdings wurde er am 26. Februar im Mahilou's Leninski Stadtteil Gericht zu einem weiteren Jahr Gefängnis unter höchster Sicherheitsvorkehrungen verurteilt, wegen der Verletzung des Artikels 411 des Strafgesetzbuch, Missachtung von Anordnungen der Gefängniswärter. Das Berufungsgericht bestätigte das Urteil am 30. April.

Solidarität mit den Betroffenen staatlicher Willkür und Repression Wir denken an dich Mikalai, hör nicht auf zu kämpfen!

**Mai 2015: 6. Update Nicht-freilassung.** Marco Camenisch.

**Forensisch psychologische Einschätzung: „Haftlockerungen“ /“ Resozialisierung“ - ja...aber nur wenn...**

Wie nach Rote-Hilfe-Info hat das Bundesgericht Ende 2014 die ein Jahr zuvor eingereichte Beschwerde gegen die vom Amt für Justizvollzug (AJV) ZH nicht gewährte bedingte

Freilassung abgelehnt aber immerhin den Beginn einer „Resozialisierung“ bzw. von „Vollzugslockerungen“ hinsichtlich des bevorstehenden Strafendes im Mai 2018 angemahnt.

Mein Rechtsvertreter forderte den „Fallverantwortlichen“ des AJVs auf, sich zur Folgeleistung (oder nicht) dieser Mahnung (und der gleichlautenden Meinung zweier Gefängnisse) zu äussern. Der Verantwortliche erklärte, man müsse wohl mal in diesem Sinne vorgehen, aber zuerst eine (nicht unbedingt bindende) sogenannte ROS-Abklärung (*Risikoorientierter Strafvollzug*) der Abteilung für forensisch-psychologische Abklärung der Bewährungs- und Vollzugsdienste des Amtes einholen. In einer grenzenlos risikofreudig gemachten Katastrophengesellschaft(!) gehört die ROS-Abklärung zu einem „potenzierten“ Kontroll- und Einschätzungsmodus („Dreiaugenprinzip“) im AJV-ZH zu „Lockerungen“ und Freilassungen für „gefährliche Klienten“, der vom Kanton ZH eingeführt und bis jetzt von weiteren drei Kantonen nachgeäfft wurde.

Ende April 2015 (schon fast olympiaverdächtig...)ist die „Abklärung“ von ganzen 24 Seiten, die hier beiliegen oder jedenfalls öffentlich zugänglich gemacht werden, mit der Ankündigung eingegangen, „Die konkrete weitere Vollzugsplanung werden wir Ihnen ca. Mitte Mai 2015 mitteilen.“. Zu dieser „konkreten Planung“ könnte eine (baldige) „Anhörung“ des betreffenden „Klienten“ gehören. Also hat das Mäuslein bzw. eine forensisch-psychologische „Sachbearbeiterin“ auf Aktengrundlage einen „wissenschaftlichen“ Berg namens *Standardisiertes Risk-Assesment* mit Obszönitäten wie 1) *PCL-R (Psychopathy Checklist-Revised; Hare, 2003)*, 2) *VRAG (Violence Risk Appraisal Guide; Harris et al., 1993)* und 3) *Fotres(Urbaniok, 2006)*geboren.

Fotres ist ein pseudowissenschaftlicher computerisierter Katalog mit tausenden anzukreuzenden Kästchen zur „Berechnung“, in bester Lomboso- oder Bleuler- Tradition, von Dingen wie etwa „Gefährlichkeit“ oder „Rückfallgefahr“. Der Katalog wurde vom deutschen forensischen Psychiater und Chef des psychiatrisch-psychologischen Dienstes (PPD) des AJV-ZH ausgearbeitet und wird von ihm und seiner AJV-PPD-Bande et al. angewendet und mit natürlich privaten „kollateralen“ Millionengewinnen international verdealt. Urbaniok ist in Deutschland vorbestraft und ein fanatischer forensischer mit der Pharmaindustrie eng verbandelter „Gutachter /Therapeut“, der mit demselben sektiererischen Fanatismus seiner politischen Seilschaft im Kanton und Land eine immer massivere Anwendung von Verwahrungen auf unbestimmte Zeit produziert und heiss befürwortet. Die „Sachbearbeiterin“ zieht aus diesem Sammelsurium an Punktzahlen, standardisierten „Erhebungen“ und mit Lügen, Verfälschungen, Verdrängungen und Unterstellungen gespickten Akten unter Einverständnis ihres Abteilungsleiters, ein Rechtspsychologe FSP/SGRP und Forensischer Prognostiker IOT (wow!), u.a. die

folgenden so realitätsfremden und linientreuen wie **äusserst widerwärtigen** „Schlüsse“, „Empfehlungen“ und „Voraussetzungen“ für „Vollzugslockerungen“ und eine „Resozialisierung“.

Als hätten sich in etwa AKWs und das ganze technologisch-wissenschaftliche totalitäre Klassensystem inzwischen sowieso als Jungbrunnen z.B. der gerechten Verteilung des „Reichtums“, der Friedens- und Arterhaltung und des Lebens auf dem Planeten erwiesen... steht, klar doch, wieder einmal meine **„deliktfördernde Weltanschauung“** im Vordergrund, was zur weiteren sozialpolitischen Diffamierung und Entpolitisierung mit den in totalitären Systemen üblichen Preisen an „spezifischer Psychopathologie“, „Persönlichkeitsstörung“, „Dissozialität“ und ähnlich pseudo-wissenschaftlichem Schwachsinn gewürzt wird. Natürlich wäre eine **politische Distanzierung** „erwünscht“. Was im inquisitorischen Klartext eine totale Unterwerfung unter den aktuell herrschenden staatlich-kapitalistischen Totalitarismus und die bedingungslose Konvertierung zu seinem so mächtigen wie illusorischen Einheitsdenken heisst. Oder, konkreter, die Verleugnung der historischen und aktuellen okzidentalischen Realität und ihrer allumfassenden Krise, die Verleugnung meiner selbst, meines gesamten Seins und damit auch Aller, die wie ich dem Totalitarismus, seinem Einheitsdenken, seiner katastrophal mörderischen und gewalttätigen Ideologie und Praxis ernsthafte politische Analysen, Widerstände und Strategien zu dessen dringlichster Überwindung entgegensetzen versuchen. Eine Überwindung, die nichts weniger als eine Überlebensfrage für die Menschheit ist.

Als „zwingende Voraussetzung“ betrachtet man weiter **Kontrollen**, die **Bereitschaft, an Kontrollen mitzuwirken** und, unglaublich gescheit und logisch formuliert(!), **„eine glaubhafte Verdeutlichung“, dass der „Klient“ „von möglichen kriminellen Handlungen sowohl aktiv-durchführend als auch passiv-planend und unterstützend ablässt“**. „Unterstützend“? Gleich Maulkorb. Inklusive, und hier bricht die dummdreiste und krankhafte Paranoia der verunsicherten Macht in klarster und grausamster Art und Weise ans Licht der Sonne, **ein Kontaktverbot mit „entsprechend gefährdender Gesellschaft“**. Diese so lächerlich obskur wie willkürlich „formulierte“ Forderung heisst in der realen Konsequenz (und erst noch in weit fortgeschrittenem Lebensalter) **das soziale und existentielle Todesurteil durch den praktisch totalen Bruch mit dem gesamten langjährig eigenen Lebens-Umfeld, durch den Bruch vor allem**

**mit allen wichtigen, nächsten und geliebten Menschen!** Als Spitze der Verhöhnung fordert diese ach so lebenserfahrene, unideologische, soziale und natürlich äusserst mutige Akademikerbande von ihrem steuergeldgemästeten Elfenbeinturm herab abschliessend den **„Aufbau eines neuen sozialen Umfeldes“ (echt!).**

Sprachlos? Sicher nicht. Denn: solange sie straflos und an der Macht bleiben, werden sie auch wüten. Bis zum Aussterben der Spezies!

### ...Recherchen, Analysen und Kritik

**Der Angriff auf die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen.** Unbekannt. Veröffentlicht auf linksunten.indymedia.org

In der Nacht vom 25. zum 26. März diesen Jahres gab es einen Angriff auf die Sächsische Landeszentrale für



politische Bildung (SlpB) in Dresden. Steine und Farbbeutel waren im Einsatz, ein BekennerInnenschreiben gab es nicht. Das dies in Dresden allerdings auch nicht unüblich ist, zeigt das große Osterfeuer 2009 [1].

Anders als bei Angriffen auf alternative Projekte oder Asylsuchendenunterkünften, wo man „vergebens“ nach „politischer Prominenz“ sucht, eilte Sachsens

Innenminister Ulbig noch am selben Tag zum Tatort[2]. Dort angekommen, lobte Ulbig wiederholt den Leiter der Landeszentrale, Frank Richter, für die Dialogbereitschaft mit PEGIDA[3] und verurteilte den Anschlag auf das Schärfste. Ulbig, welcher selbst auch den Dialog mit RassistInnen pflegt[4], stellte 2012 in einer Videobotschaft klar, das Antifaschismus „nicht die richtige Antwort“ auf „Rechtsextremismus“ sei.[5] Um die Landeszentrale, Ulbig und Sachsen grundlegend zu kritisieren, müssen die Verhältnisse in das große Ganze eingeordnet werden. Zwar schaden die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ dem Ansehen der elbflorentinischen Metropole nach Außen, aber doch nicht dem System im Inneren.

Kapitalismus und Rassismus gehen Hand in Hand, Hand in Hand mit Ausbeutung und Unterdrückung in jeglichen Formen. Natürlich ist dafür auch der Staat notwendig, welcher das Ganze zusammenhält und bedient.

Wenn nun über die Sorgen und Nöte der BürgerInnen mit den oder wegen der Flüchtlingsströme geredet wird, wird freilich kein Wort über die wahren Ursachen geredet, die diese Menschen nötigt, ihre Heimat zu verlassen.

Von Ursachenbekämpfung kann gleich gar keine Rede sein. Sie müssten sich ja selbst ins Abseits katapultieren. Für sie gibt es immer billigere Ziele und schwächere „Feinde“. Es ist Verblödung, die uns umgibt. Verblödung und Zynismus, denn um den Menschen an sich geht es nicht. Es geht immer um Machtverhältnisse und Besitz. Diesem Strickmuster dient nicht nur eine sächsische Landesregierung wie jedes andere Parlament auf der Welt. Diesem Strickmuster dient auch die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung als Handlangerin des eben bestehenden Systems. In den sächsischen Morast reiht sie sich wunderbar ein und verkauft die Standpunkte CDU-treuer Extremismusjünger als politische Bildung.

Kritische Töne im alltagsbraun sucht man in den Verlautbarungen der SLpB vergeblich. Im „Donnerstagsgespräch“ wird immer wieder aufs neue der sowieso schon allgegenwärtige Professor Patzelt der TU Dresden hofiert.[6] Es werden Dialoge bemüht, die irgendwie darüber hinweg helfen sollen, welche Stimmung hier herrscht. Die Landeszentrale gibt sich gern neutral, ihre Aussagen und Taten zu Pegida geben allerdings Aufschluss darüber, welchem Milieu die MacherInnen entspringen. Pegida gilt hier als Organisation, deren Ängste die Gesellschaft ernst nehmen muss. Gleichzeitig schert sich die SLpB keinen feuchten Dreck um die grauenhaften Erfahrungen von Blicken, Pöbeleien bis hin zu tätlichen Angriffen, die geflüchtete Menschen in Sachsen gezwungenermaßen erleben müssen. Nimmt man Frank Richter seine Neutralität ab, dann sollte man wohl fordern, endlich auch mal Geflüchtete oder die BesetzerInnen des Theaterplatzes in die Räume der Landeszentrale einzuladen. Dieser Zug ist aber schon längst abgefahren, denn die SLpB hat in der Vergangenheit mehr als nur einmal rassistischen HetzerInnen ihre Infrastruktur und einen Rahmen zur eigenen Präsentation geboten.[7]

Hierbei ist nicht zu vergessen, dass Herr Richter im November 2013 die damalige NPD zu einem Gespräch einlud.[8] Somit gibt die Landeszentrale für politische Bildung im Gegensatz zu großen Teilen der Bevölkerung Sachsens nicht mehr nur ein schweigendes "Ja" zur rassistischen Hetze, sondern ist zur Mittäterin geworden. Wenn der Leiter dieser „Bildungs“einrichtung Frank Richter in seiner theologisch gesabbelten Reaktion „Roter Fleck auf weißem Grund“[9] davon redet, dass ihm und seinen „Kollegen in den vergangenen Tagen der Schlaf verdorben“ wurde, durch Farbbeutel und Steine, dann weisen wir darauf hin, dass dieser Angriff lediglich ein symbolischer Akt gewesen ist. Anstatt im Selbstmitleid zu versinken, sollten die "KollegInnen" vielleicht versuchen zu verstehen, wie sich die Hinterbliebenen von Marwa El-Sherbini, Jorge Gomondai oder Kamal K. wohl fühlen

müssen. Die MitarbeiterInnen der SLpB und vorallem Herr Richter, sollten einmal an die Tausenden denken, die im Massengrab im Mittelmeer sterben und an die Menschen über die sie reden, anstatt sich in ihren sicheren Häusern und Wohnungen selbst zu beweinen.

Die Gewalt der sächsischen Politik und der "BürgerInnen aus der Mitte der Gesellschaft" haben den Rahmen symbolischer Taten vor langer Zeit verlassen. Wer solche Politik betreibt muss mit Antworten rechnen, Antworten von denen noch viel zu wenige existieren.

[1]<http://www.einstellung.so36.net/de/ps/1369>

[2][http://www.mdr.de/sachsen/anschlag-landeszentrale-sachsen100\\_zc-f1f179a7...](http://www.mdr.de/sachsen/anschlag-landeszentrale-sachsen100_zc-f1f179a7...)

[3]<http://www.slpb.de/jahresthema-2015/wir-muessen-reden/>

[4] <http://www.mdr.de/sachsen/dresden/pegida-ulbig-einladung100.html>

[5]<https://www.addn.me/antifa/antifaschismus-ist-eine-antwort//http://quo-vadis-dresden.de/2012-01-falsche-antwort.html>

[6]<https://www.addn.me/uploads/2015/01/Kritik-an-Patzelts-Pegida-Analyse.pdf>

[7]<https://www.addn.me/news/streit-um-pressekonferenz-in-der-saechsischen-l...>

[8]<https://www.taz.de/!127407>

[9][http://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Newsletter/Newsletter\\_2...](http://www.slpb.de/fileadmin/media/Publikationen/Newsletter/Newsletter_2...)

**Boote, die voll werden können, gehören abgeschafft! Luxusliner für alle!** assoziation gegen kapital und nation.

**z.B. Ceuta und Melilla 2005 - Europa mordet nicht nur im Stillen**

Seit Mitte September 2005 sieht man von der Grenze der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla zu Marokko immer wieder die gleichen Bilder: "Gruppen von mehreren hundert Menschen stürmen an verschiedenen Orten gleichzeitig die Grenzbefestigungen und überfordern damit die Wachposten, obwohl die längst gewarnt sind. Ein Teil kommt durch, einer anderer wird vertrieben wie Vieh. Wer überlebt, der versucht es immer wieder." (Süddeutsche Zeitung, 30.9.05) Sie versuchen in die Festung Europa einzudringen, oftmals nach jahrelanger, beschwerlicher Reise innerhalb Afrikas nach Marokko. Ende September 2005 starben fünf Menschen, Anfang Oktober 2005 ist wiederum von sechs Toten zu berichten, erschossen von den Grenzposten oder verblutet an den Stacheldrahtzäunen. Die, die es nicht schaffen, werden nun auf marokkanischer Seite verhaftet und oftmals verletzt ohne Essen und Trinken in der Wüste ausgesetzt. Die Berliner Zeitung vom 11. Oktober 2005 berichtet davon, dass derzeit 400 Flüchtlinge zu verdursten drohen.

Was sonst nur kurz und nur bei besonderem Nachrichtenwert - abenteuerliche Fluchtgefährte oder Größe der Gruppe von Flüchtlingen- in die Zeitungen gelangt, hat nun aufgrund des Sensationswerts der neuen Taktik der MigrantInnen einen längeren Auftritt in den Medien: der Terror des europäischen Grenzregimes. Die antirassistische Nichtregierungsorganisation UNITED hat in der Zeit von 1993-2004 mehr als 4500 Tote an den europäischen Außengrenzen dokumentiert. Die wirkliche Zahl dürfte weit höher liegen, da "Ärzte ohne Grenzen" alleine für die spanisch-marokkanische Grenze von 6300 Toten in den letzten zehn Jahren spricht. Nur, es interessiert wenige. Und die, die es interessiert und die vorübergehend eine humanitäre Träne im Auge spüren, stören sich dann an der eskalierten Situation - wenn mal die "Ausländerpolitik" nicht ihre normalen bürokratischen Bahnen geht. Ungern sieht man die Bilder von blutdurchtränkter Kleidung, die die Verklärung der eigenen Herrschaft zur offenen Gesellschaft zu widerlegen drohen.(1) Aber das Gegenmittel ist auch sofort bei der Hand: Der Verweis auf die "Schleuserkriminalität", die das eigentlich Böse sei, lenkt schnell von den eigentlichen Gründen des Leidens der Flüchtlinge ab. Obwohl(2) doch klar ist, dass ohne den privatwirtschaftlichen Einsatz des Schleusergewerbes kein Mensch ohne den richtigen Pass mehr europäischen Boden betreten könnte - also eine Chance erhielte, in den engen Grenzen dieser Gesellschaft wenigstens eine kleine Verbesserung seiner Lebenssituation zu erreichen. Andere stören sich hingegen daran, dass die Grenzanlagen der Verzweigung der Flüchtlinge nicht gewachsen sind und setzen sich für effektivere Todesstreifen und den Einsatz des Militärs gegen Flüchtlinge ein. Die MigrantInnen, die es trotzdem geschafft haben und sich hierzulande illegal über Wasser halten, werden gnadenlos gejagt: Ende September 2005 verletzte sich ein Mann in Berlin-Reinickendorf schwer, als er von der Polizei verfolgt, aus Panik aus dem vierten Stock sprang. Täglich geschieht irgendwo in Europa Vergleichbares. Dieses Flugblatt will Gründe benennen, warum der Alltag hier (und an den Grenzen von "hier") nicht zufällig so aussieht.

In Zeiten des Ost-West-Konfliktes hatte die Migrationspolitik der BRD vorrangig den Zweck, dem anderen Herrschaftsbereich dessen Rechtmäßigkeit streitig zu machen. Die BRD bot jedem Bürger des Ostblocks die Aufnahme an. Jeder Flüchtling war

Kronzeuge der Unmenschlichkeit des anderen Staatenblocks und der Freundlichkeit des Kapitalismus, während für Menschen aus mit der BRD verbündeten Staaten Folter kein Asylgrund darstellte. Praktischerweise sorgte die Abwanderung von Menschen aus der DDR, der man noch mal stärker jede Herrschaftserlaubnis über ihre Deutschen absprach, für recht große ökonomische Probleme im leider auch nur "anderen Deutschland". Wer DDR-BürgerInnen zur illegalen Ausreise verhalf, wurde nicht wie heute als böser Schleuser gleich neben den Kinderschänder ins bürgerliche Gruselkabinett gestellt, sondern als Fluchthelfer heroisiert. Und jede Erschießung am Eisernen Vorhang war ein Skandal, während die Opfer auf den Todesstreifen am Rande der EU als notwendiges Übel ignoriert werden.

Gleichzeitig warb die BRD massiv Arbeitskräfte aus verschiedenen Ländern als kurzzeitige Arbeiterschaft an. Dieses Element der ökonomisch begründeten Aufnahme hat heute die Vorherrschaft in der Migrationspolitik gewonnen, wenn auch das Moment des unfreundlichen Staatsaktes nicht gänzlich verdrängt ist und sein Nischen-dasein im "humanitären Asylrecht" fristet.

Doch dazu später. Nicht zufällig wurde das deutsche Asylrecht 1993, als es nach Anschluss der DDR seine Funktion verloren hatte, unter lautstarker und lynchmordender Unterstützung des deutschen Mobs fast gänzlich abgeschafft.

Die Migrationspolitik ist nunmehr in der EU vergemeinschaftet, die unter dem Schlagwort des "Migrationsmanagements" Einwanderung in die EU und Wanderungsbewegungen außerhalb der EU zu steuern versucht. Als Großmacht, die im internationalen Gewalt poker weit vorne mitspielt und gerade die Herrschaftsbereiche der ersten Weltordnungsmacht USA beständig herausfordert, hat sie ihre unschönen Gründe, Wanderungsbewegungen als ihr ureigenstes Sicherheitsproblem wahrzunehmen - was geradezu nach ihrer ordnenden Hand verlangt. Von der Friedensmacht, die weiche Machtpolitik betreibt, wie so mancher europäische Nationalist die ihn beherrschende Herrschaft verklärt, ist da dann auch so recht nichts zu spüren.

Die EU-Staaten entscheiden noch auf nationaler Ebene, wer reindarf und wer draußen bleibt, die Kriterien sind



jedoch überall dieselben: Nur Menschen, die nützlich sind, kommen rein. Der Nutzen berechnet sich aus einem kurzfristigen Bedarf an bestimmten Berufsgruppen, deren Bereitstellung aufgrund einer falsch kalkulierten Ausbildungsmenge inländisch nicht gewährleistet werden kann. Der Staat hat so die Luxusposition, Wunschlisten diktieren zu können, um die benötigten MigrantInnen dann auf Zeit einzuladen. Nachdem vor vier Jahren in Deutschland zwecks Anwerbung von Informatikern die Green-Card-Regelung geschaffen wurde, steht derzeit nichts auf dem Wunschzettel. Die kapitalistische Gesellschaft braucht zwar nicht nur hochqualifizierte Arbeiter, sondern gerade auch die einfachen Tagelöhner. Aber auch dieses Reservoir ist in Deutschland derzeit voll ausgestattet. Und das Heer der Arbeitslosen, die den Lohn niedrig halten, indem sie jeden sofort ersetzbar machen, ist ebenfalls voll besetzt. Für weitere MigrantInnen gibt es derzeit keine Verwendung. Vor gut vierzig Jahren waren hingegen unqualifizierte ArbeiterInnen gefragt, und dass diese nach Ihrem Gebrauch nicht einfach wieder gegangen sind wie geplant, ärgert noch heute den Konservativen.

Seine Grenzen überwacht der Staat gewissenhaft. Illegal Einwanderung stellt seine Souveränität in Aufenthalts- und Einbürgerungsdingen in Frage und wird daher prinzipiell verfolgt. Da der Staat in der Luxusposition ist, selber auswählen zu können, wen er braucht, spart er sich jede Sortierung der illegal Eingewanderten in Informatiker, Arzt oder Bauer und behandelt alle gleichmies. Dass er aber entscheidet, wer gebraucht wird, entspringt wiederum der widerlichen Aufgabe, die er hat: die Bedingungen für die Kapitalanhäufung auf seinem Gebiet zu schaffen und zu verbessern; auch genannt: Standortpolitik. Der Staat sortiert, und erst dadurch werden eben aus Menschen, aus Xaver, Patrick, Su-Yong oder Juana, In- oder AusländerInnen.<sup>(3)</sup> Diese Sortierung ist hierbei die Markierung der Menschen, die er für seine Zwecke in Beschlag nimmt und denen er unbedingte Loyalität gegenüber dem Staatswesen abverlangt. Der Begriff der "Repatriierungsmaßnahme", der im Zuge der Verhandlungen von Marokko und Spanien über die "Deportationen" (FAZ, 7.10.05) von Menschen, die es in die Exklaven geschafft haben, offizielle Regierungssprache wurde, spricht genau hiervon. Abschiebungen sind Rückgabe von Menschen an ihr Vaterland, an diejenige Macht also, die diese als ihr zu benutzendes Objekt betrachtet. Der Loyalitätsgedanke, also das Bedenken, ob man Ausländern über den Weg trauen kann, entspringt einem rassistischen Volksgedanken: Es übersteigt offenbar die Vorstellungskraft eines deutschen Staatsbürgers, dass sich Menschen nicht fest und lebenslang einer Herrschaft verschreiben wollen. Die Sorge, dass sich Menschen eher noch dem Ursprungsland zugehörig fühlen, kann zwar im von Zwängen bestimmten Alltag egal sein - und auch wenn der Einzelne für die türkische Auswahl beim Fußball schreit, stört das nicht wirklich. Loyalitätsfragen sind jedoch in Extremsituationen wie z.B. Kriegen von Belang, auch die Fragen des Terrorismus werden darunter verhandelt.

### **Humanitas**

Wenn auch Migrationspolitik heute vorrangig einer ökonomischen Kalkulation entspringt, ist die Funktion des Druckmittels gegenüber unliebsamen Staaten geblieben. Zwar hat sie nicht mehr die Relevanz wie in Zeiten des Kalten Krieges, aber schließlich gibt es immer noch ein Interesse daran, diversen fremden Regierungen mitzuteilen, dass sie in den Augen der EU mit ihren Untertanen nicht glimpflich umspringen - hierfür wird das Element der "humanitären Einwanderung" beibehalten, wenn auch auf lächerlichem Niveau. Das soll zwar nicht heißen, dass die humanitären Gründe der Einwanderungspolitik bloße Täuschung seien, um den moralischen Schein zu wahren. Das Staatspersonal mag es tatsächlich als Akt der Nächstenliebe ansehen, wenn es Menschen das Recht auf Asyl gewährt. Und das Diplomatische und das Moralische fallen hier ja auch direkt zusammen. Aber die Bedingungen, unter denen man dieses Recht wahrnehmen kann, zeigen schon, was für ein merkwürdiger Begriff von Humanität in dieser Gesellschaft gängig ist: Nur politische Verfolgung wird als Fluchtgrund anerkannt; sogenannte "Armutsfüchtlinge" dagegen brauchen den Asylantrag gar nicht erst zu stellen. Die Menschenrechte, auf die das Asylrecht sich bezieht, gelten also nicht als verletzt, wenn Menschen materielles Elend leiden. Erst bei Diskriminierung aufgrund von politischer Einstellung, Geschlecht, Herkunft o.ä. liegt ein anerkannter Fluchtgrund vor. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass es nur einen fairen Wettbewerb braucht, damit jeder Mensch selbstverantwortlich sein Glück erstreben kann. Die Verlierer, die die Konkurrenz notwendig hervorbringt, sind dann selbst schuld - sie haben ihre Chance halt nicht richtig genutzt. Dies ist der ganze Inhalt der Humanität im Asylrecht: Nur das Elend, das durch Diskriminierung, also durch Abweichung vom fairen Wettbewerb zustande kommt, gilt als Menschenrechtsverletzung. Für das Elend aber, das der Wettbewerb selbst hervorbringt, sieht der Asyl gewährende Staat sich nicht zuständig.

### **Falsche Kritik an der Menschensortiererei**

Wenn auch nicht nur konservative Medien so staatstragend sind, dass sie ihre Humanität schnell der Realität opfern, passiert es des öfteren im Gespräch mit denjenigen, die einfach nur das Gute für alle Menschen wollen, dass Verwirrung vorherrscht. Auf der einen Seite das Elend, dem man sich trotz jahrelanger Übung noch immer nicht ganz entziehen kann, auf der anderen Seite die Staatsnotwendigkeiten, über die hinaus zu denken man sich auch noch nie getraut hat. Aufgelöst wird dann im flehentlichen oder bestimmten Ausspruch, man könne doch nicht alle reinlassen. Irgendwie muss eben wider Willen auch der/die Linksliberale anerkennen, dass die Volkswirtschaft ein Problem hätte, wenn hier jeder rein käme. Da weiß man gar nicht mehr, wie man sich als Gutmensch so verhalten soll. Soll man jetzt Ausländerfeind werden? Meist wird eher die Flucht in die Irrationalität oder in

Ausreden gesucht: Nee, das Boot ist gar nicht voll - womit die bestimmten Zwecke dieser Gesellschaft einfach wegabstrahiert werden. Oder: Die wollen ja auch gar nicht alle rein - was zwar stimmt, aber wohl kaum eine Antwort auf diejenigen ist, die an der EU-Grenze scheitern. Es sind diese verfluchten Scheinvernünftigkeiten kapitalistischer Totalität, an denen der bürgerliche Verstand leider viel zu selten verrückt wird - auf dass man endlich die Verrücktheit dieser Gesellschaft und ihrer Produktionsweise, die man sich leistet, beenden könnte. Warum stellt man sich nicht die Frage, was denn "voll" heißen soll und wer das Boot definiert. Stattdessen wird von linker Seite lieber behauptet, dass das "freie Fluten" (4) oder die "offenen Grenzen" eine sinnvolle Forderung sei, die man an den Staat stellen könne, abgesehen davon, dass offene Grenzen ein Widerspruch in sich selbst sind.(5) Oder aber man weiß nicht mehr weiter und lässt sich auf das Spiel ein, selber zu selektieren, wer rein darf, um neue, natürlich "emanzipativ hohe" Quoten aufzustellen.(6) Dabei akzeptiert man dann stillschweigend die Kriterien der Schweinerei, deren Resultate man eigentlich kritisieren wollte. Doch es gibt einen recht unschönen Grund, warum die Menschen in den Norden fliehen. Das Klima wird es wohl nicht sein. Sie versuchen aus dem Elend zu entkommen, das in den in der Weltmarktkonkurrenz abgehängten Teilen der Erde herrscht.(7) Und zwar in das nur relativ andere Elend der kapitalistischen Metropolen. Dieser Grund ist einer, der abgeschafft gehört.

Der Vorstellung, dass "man ja nicht alle aufnehmen könne" liegt außerdem die Ideologie zugrunde, dass Mangel irgendwie übergesellschaftlich sei. D.h. man stellt sich vor, dass es hier dann nicht mehr genug für alle gäbe, wenn alle kämen. Doch Hunger wird heute nicht deswegen gelitten, weil es nicht genügend Produktionsstätten für Lebensmittel gäbe, sondern weil es sich nicht lohnt, für Hungerleider Essen zu produzieren, obwohl es ohne weiteres möglich wäre. Hier werden lieber Fleischberge und Milchseen kultiviert, als dass ein Überangebot den Preis versaute. Und wenn man die überproduzierten Lebensmittel unter kapitalistischen Bedingungen einfach unentgeltlich den Hungernden zur Verfügung stellt, würde das die dortigen lokalen Märkte zerstören - besser lässt sich die Unvernunft einer Produktionsweise wohl nicht beschreiben. Auch die Behauptung, es würde räumlich zu voll werden, ist falsch. Selbst wenn in einer Gesellschaft, in der der Hauptgrund für die Migration beseitigt wäre, alle Menschen auf einem recht unwirtschaftlichen Flecken namens Europa leben wollten, wäre die heute alltägliche Situation so schnell nicht erreicht, dass Menschen zu zehnt in einem kleinen Zimmer hausen.(8) Auch Wohnungen fehlen nämlich nicht, weil es keinen Baustoff gäbe, sondern weil der Bau sich nicht rentiert. Wenn gesagt wird, das Boot ist voll, sagen wir nur: Dann sollte man erstens moderne Landgewinnung betreiben und zweitens solche Boote, die voll werden können, aus dem Verkehr ziehen. Und um die alberne Metapher zu verlassen: Kapitalismus abschaffen. (9) Damit aus der

Menschheit noch mal etwas Vernünftiges wird.

*Aus Platzgründen haben wir die Fußnoten nicht mit ins Heft genommen. Wer da noch nachlesen will, kann sich auf gegenkapital-und-nation.org umschaue!*

### Policing Frankfurt, Europäischer Überblick – Europäische Zusammenarbeit der Behörden. Kristian M. Rye

Blockupy-Aktivistinnen und -Aktivisten hatten in den vergangenen Jahren und auch 2015 mit Kriminalisierung rund um die Proteste zu kämpfen. Dazu gehörte das Aufhalten von Bussen, Hausdurchsuchungen oder der Kessel bei den Aktionstagen 2013. Aktuell sitzt der Genosse Federico Annibale noch immer in Untersuchungshaft. Politische Aktivist\_innen sozialer Bewegungen in ganz Europa müssen sich mit Protest Policing auseinandersetzen. Protest Policing bezeichnet Praktiken des polizeilichen Managements von Protesten und wird in Deutschland seit 1967 praktiziert. Dazu gehörte eine weitgehende Umstrukturierung der Polizei, insbesondere eine Entmilitarisierung der Bundespolizei (ex-Bundesgrenzschutz) und seit den 80er Jahren die sogenannte Gewaltprophylaxe. Diese ist ein zentrales Element im Umgang mit Protesten. Neben offensiven Taktiken, wie Platzverweisen, Vorkontrollen, einschließender Begleitung bei Demonstrationen (Spalier) und vorausschauendem Informationsmanagement (was ist zu erwarten?), geht der Trend dabei zu integralen Gesamtkonzepten (Winter 2006). Es lässt sich im Zuge der großen Platzbesetzungen und der zunehmenden sozialen Auseinandersetzungen ein härteres Vorgehen gegen Proteste beobachten – auch wenn es in weiten Teilen die europäischen Bevölkerungen bisher nicht davon abgehalten hat weiter auf die Straße zu gehen und es sicherlich wesentliche Unterschiede im Maß der Repression, angewandten Methoden und Reaktion der sozialen und Protestbewegungen gibt. Besonders in Spanien und der Türkei kam es in den vergangenen Monaten zu einer Verschärfung der Sicherheits- und Polizeigesetze. So soll in Spanien zum 1. Juni ein restriktiveres Sicherheitsgesetz in Kraft treten. Proteste vor Regierungsgebäuden oder das Verbrennen der spanischen Flagge sowie die Verhinderung von Zwangsräumungen, die zum europäischen Vorbild für praktische Solidarität wurden, sollen künftig härter bestraft werden können. Besondere Verschärfungen sind auch im Umgang mit der Polizei geplant; so wird u.a. die Veröffentlichung von Photos untersagt, die Polizisten im Einsatz zeigen. Das schränkt die mediale Berichterstattung ein und erschwert die Beweisführung für Betroffene von Polizeigewalt. Zum Hintergrund: Zensur in Form eines Bilderverbots wird in Spanien bereits seit 2012 diskutiert, nachdem im Kontext von

Krisenprotesten Polizeigewalt immer wieder viel Aufmerksamkeit in den Medien bekommen hatte. Die Idee brachte damals Ignacio Cosidó ins Spiel, nach wie vor Chef der nationalstaatlichen Polizei in Spanien, der damit vor allem „die Privatsphäre“ der Polizisten schützen wollte. Auch in Deutschland ist diese Argumentation seit Jahren bekannt, beispielsweise, wenn es um die Verhinderung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für die Bereitschaftspolizeien geht. In der Türkei wurde bereits im März ein neues Sicherheitsgesetz durchgesetzt. Blicken wir zurück: Die Gezi-Proteste vom Sommer 2013 wurden polizeilich niedergeschlagen. Dabei wurden circa 10.000 Personen verletzt, Tausende verhaftet und neun Menschen getötet. Seitdem kommt die Türkei nicht zur Ruhe. Neben Protesten in den kurdischen Gebieten, flackern auch in Istanbul immer wieder Konflikte auf. Mit der Einführung des neuen Gesetzes ist es nun aber beispielsweise möglich, dass es ohne Angabe von Gründen möglich ist Festnahmen für eine Dauer von 48 Stunden vornehmen, wenn sie im Zusammenhang mit Protesten stehen. Ein Haftrichter ist dafür zunächst nicht nötig – es bedarf ja nicht einmal einer Begründung. Es reicht, wenn ein Richter die Maßnahme im Nachhinein absegnet. Zudem beinhaltet das Gesetz ein generelles

Vermummungs-  
verbot, das  
Zu widerhandlung  
mit bis zu fünf Jahren  
Haft bestraft. Tücher  
vor dem Gesicht oder  
Gasmasken gehörten  
in der Türkei bis dato  
zu den Standards auf  
Demonstrationen, da  
die Polizei dort vor  
allem mit Tränengas  
die  
Demonstrant\_innen  
auf Distanz zu halten  
versucht. Auch das  
bloße Mitführen von  
Zwillen oder

Feuerwerkskörpern kann mit mehrjährigen Haftstrafen geahndet werden. Besonders bezeichnend für die Situation in der Türkei ist jedoch, dass der Einsatz von Schusswaffen gegen Demonstrant\_innen erleichtert werden soll. Polizisten dürfen nun scharf schießen, selbst wenn es keinen direkten Angriff auf sie gibt.

**In Deutschland:** Übungseinheit: „Blockupy“ 2013 trainierten Bereitschafts- und Bundespolizisten gemeinsam mit der CRS und Gendamerie mobile aus Frankreich im Saarland den Umgang mit Demonstrationen. „Als Übungslage wurde ein Aufzug mit Zwischen- und Abschlusskundgebung in Anlehnung an das Demonstrationsgeschehen der sogenannten „Blockupy Aktionstage“ zugrunde gelegt. Die Übungslage wurde im Verlauf durch verschiedene Übungseinlagen ergänzt. Als Maßnahmen zum Schutz eines friedlichen Verlaufs des als Übungslage angenommenen Versammlungsgeschehens



waren neben der Begleitung des Aufzugs insbesondere deeskalierende Kommunikationsstrategien, Objektschutz sowie das Lösen von Blockadesituationen Gegenstand der Übung“ (BT Drucksache 18/404). Die Übung fand im Oktober, also nur Monate nach dem bekannten Kessel im Juni desselben Jahres, statt. Anstatt politische Konsequenzen aus der massenhaften Grundrechtsverletzung zu ziehen, traf man sich mit der aufstandserprobten und berüchtigten CRS. Anders ausgedrückt: Wie Blockupy selbst ging die Polizei also direkt zur Vorbereitung des Eröffnungsszenarios über: „Objektschutz“ und „Lösen von Blockadesituationen“. Die jeweiligen nationalen Herangehensweisen unterscheiden sich voneinander und bestimmen sich jeweils auch durch die lokalen Protestkulturen. Es lässt sich dennoch feststellen, dass auf polizeilicher Ebene ein intensiver Austausch zwischen verschiedenen Staaten stattfindet, der sich dem Umgang mit Protesten widmet und von einander lernen wird. Dies geschieht vor allem auf bilateraler Ebene (Monroy 2014). Der Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei (BT Drucksache 18/51) lässt sich entnehmen, dass von 2010 bis Anfang 2013 allein Bundespolizisten an 73 Übungen mit internationalem Charakter teilnahmen. Vieles

davon, wie  
beispielsweise  
Fahrtrainings, ist  
relativ  
unspektakulär, doch  
es wird auch wird  
auch immer wieder  
Protest Policing mit  
internationalen  
PartnerInnen geübt.  
So wurde 2013 die  
„Bewältigung  
unfriedlicher  
demonstrativer  
Aktionen“ in  
Kooperation mit  
tschechischen  
Polizisten trainiert.

Bekannt ist auch, dass die Länderpolizei Hamburg mit den Kollegen in Istanbul kooperiert.

### Polizeistrategie in Frankfurt

Am 18. März 2015 – dem Tag der Eröffnung der Europäischen Zentralbank – hat die Polizei in Frankfurt einen neuen Umgang mit Blockupy an den Tag gelegt. Zwar kam es zu einem massiven Aufgebot der Polizei, was für ein eintägiges, städtisches Ereignis besorgniserregend ist (10.000 Einsatzkräfte, 28 Wasserwerfer, was in etwa jeder vierte des deutschen Gesamtbestandes ist, Reiterstaffeln sowie Hubschrauber und ein Flugzeug), doch weder wurden am Tag selbst massenhaft Personen eingekesselt, noch kam es zu einer hohen Zahl an Festnahmen (insgesamt 25). Wie auch aus dem Bericht des Grundrechtekomitees hervorgeht ([www.grundrechtekomitee.de/node/687](http://www.grundrechtekomitee.de/node/687)) kam es vielmehr zu unvermittelten Einsatz von

Pfefferspray und Prügelorgien welche sich gegen alle richteten, die sich gerade in der Nähe aufhielten. Besonders hervorzuheben ist der hierzulande seltene Einsatz von CS-Gas, das nicht nur Hunderte von Demonstrant\_innen verletzte, sondern auch 80 Polizisten (von offiziell insgesamt 90), die – wohl unerfahren im Umgang mit diesem – ihre Gasmasken vergessen hatten. Besonders erschreckend war in diesem Zusammenhang auch der Versuch der Leugnung durch die Pressesprecherin der Polizei, die am Vormittag des 18. den offensichtlichen Einsatz des CS-Gas dementierte. Bereits vor dem 18. März wurde ein polizeiliches Gefahrengebiet um den EZB-Neubau ausgerufen, in dem selbstverständlich ein totales Demonstrationsverbot herrschte und Grundrechte weitgehend außer Kraft gesetzt waren. Das ist zwar von einem demokratischen Standpunkt immer noch höchst bedenklich, aber doch deutlich besser zu vermitteln, als die Verkündung von Stadtverboten oder die Verhinderung der Anreise ganzer Buskonvois wie 2012. Die Polizei behauptete das Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu schützen, stellte dieses aber gegen das – einfach neu erfundene – Grundrecht auf „Bewegungsfreiheit jedes Einzelnen und damit auch die Möglichkeit Ihren persönlichen Alltagsgeschäften nachzugehen“ (<http://www.eastside-frankfurt.de/wp-content/uploads/Polizei-Flyer-18.3..pdf>). Im weiteren Vorfeld der Proteste tat die Polizei ihr Möglichstes, um die Deutungshoheit über das Geschehen zu gewinnen. Allein die Ankündigung ihrer zahlenmäßigen Stärke für den Tag trug dazu bei, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass hier nicht etwa Protest gegen Krisenpolitik und Kapitalismus zu erwarten sei, sondern man sich auf etwas Schlimmeres einstellen müsse – Terroranschläge der sogenannten Linksextremen und Chaoten zum Beispiel.

### **Politische Einschätzung: Delegitimieren und Abschrecken**

Es entsteht der Eindruck, dass soziale Proteste bewusst gespalten werden sollen sowie diesen die politische Legitimität abzuspüren. Ein Indiz hierfür ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Polizei, die sich durch Auftreten und Kommunikationsstrategien zum politischen Akteur aufspielt und die Inhalte der Demonstrierenden von vornweg diskreditiert oder zumindest bewertet. Hinzu kommt, dass durch die Reduktion auf Gewalt und die Darstellung jener als „unpolitische“ die inhaltliche Auseinandersetzung der Regierenden und auch innerhalb der Gesellschaft verhindert wird. Dieses Agieren als politischer Akteur ist dabei offensichtlich kein Teil ihrer gesetzlichen Aufgaben und allein deshalb aus demokratischer Sicht problematisch. Bereits vor dem 18. März, bei einer Veranstaltung der Polizei im Ostend, wurde den Anwohner\_innen und dort Arbeitenden prophylaktisch die naheliegende Empörung über den Polizeieinsatz ausgedreht. Gleichzeitig verhinderte die Stadt eine Veranstaltung seitens der Demonstrierenden, die die Anwohner\_innen einladen sich an den Protesten zu beteiligen bzw. über die Vorhaben aufzuklären. Wie die Polizei Protestaktionen gegenüber tritt, beeinflusst

erheblich, wie Protest in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, wie Sympathien und Verständnis angeregt werden und damit letztendlich auch, wie viel politischer Druck auf außerparlamentarische Weise erzeugt werden kann (Winter, 2006). Wer in einem Spalier von verummten und gepanzerten Polizisten läuft erscheint Passant\_innen intuitiv verdächtig. Müssen sich Demonstrierende zudem vor dem schnellen Griff zu Tränengas fürchten, trägt dies zu weiterer Abschreckung bei. Die polizeiliche Inszenierung u.a. am 18. März, aber auch bei anderen Aktionen und Protesten, sind als Teil einer Strategie zu interpretieren, die einerseits noch unentschiedene Bürger\_innen von der Teilnahme an legitimen Protesten abhalten und andererseits Polizeigewalt nachvollziehbar und legitim erscheinen lassen soll. Bei manch einfachem Gemüt funktioniert das einfach zu gut und so überrascht es nicht, dass Erik Donner, ein Lokalpolitiker aus der Region, am Vormittag des 18. März zustimmend twitterte: „Wenn der Schlagstock heute bei der Polizei etwas lockerer sitzt, habe ich vollstes Verständnis dafür“. Die Art und Weise, wie die Polizei auftritt und in der Vergangenheit auch immer häufiger durch das politische und repressive Verhalten von sich Reden macht, drängt die Demonstrierenden in eine Rolle, in der Wut und Ärger produziert werden. Anders ausgedrückt: Die Polizei bestätigt auf der Straße immer wieder das kritische Verhältnis was ihr gegenüber in Parolen zum Ausdruck kommt. Die Polizei ist somit Aggressor und inszeniert sich selbst zugleich als politischer Moderator. Was zum letzten Punkt überleitet...

### **@Polizei\_FfM**

Twitter war an diesem Tag auch das eigentliche Novum und zugleich die Geheimwaffe der Polizei. Sie nutzte den Kurznachrichtendienst nicht nur für konventionelle Pressearbeit, sondern legte eine vielschichtige Kommunikationsstrategie an den Tag, die sich mit unterschiedlichen Aussagen an unterschiedliche Rezipient\_innen richtete. Die Demonstrant\_innen selbst, Frankfurter Bürger\_innen, die Presse und selbstverständlich eine digital-schaulustige Twitter-Gemeinde, die sich gerne direkt von der Polizei in ihrer Ablehnung der Proteste bestärken ließ (Nebel 2015). An die Demonstrant\_innen wandte sich die Polizei bereits in der Nacht, beziehungsweise am frühen Morgen mit direkten Ansprachen, die versuchten, den Protest zu spalten. „Durch Demonstranten werden im Kettenhofweg Mülleimer in Brand gesetzt. #18nulldrei #18M #blockupy Das ist eine Straftat. Lasst das!“ oder „Krähenfüße aus der Feldbergstraße heute Nacht. Verhindert, dass Straftäter eure Inhalte untergraben. #m18 #18M“. Die Polizei versuchte also gezielt, die Proteste zu spalten und so zu schwächen. Es ist ein Versuch, Protest einzufangen, indem ein Teil der Demonstrierenden – auch durch inhaltliche Versprechungen – umarmt wird und einem anderen Teil die Inhalte schlichtweg abgesprochen werden.

Blockupy bestreitet nicht, dass es Aktionen gab, die weder durch den eigenen Aktionskonsens abgedeckt waren und die für kritikwürdig und „knallig“ erklärt werden können. Aber zu beurteilen was an Ungehorsam nötig ist und welche Aktionen Inhalte transportieren, kann nicht die Aufgabe der Polizei sein – ja nicht einmal derjenigen, die die zu kritisierende Politik mitverantworten. Die Tweets der Polizei signalisieren außerdem, dass dem wachsamen Auge der Ordnungshüter anscheinend nichts entgeht. Die allgemeine Überwachung schlägt auch hier unverblümt zu und wird als etwas Positives dargestellt, welches jedoch nichts anderem dient als staatlich zu reglementieren und wieder einmal von herrschender Seite zu bestimmen, was guter und was schlechter Protest ist. Meinung bildet sich in sozialen Netzwerken schneller, als dass eine traditionelle Pressearbeit damit Schritt halten könnte. Die Möglichkeit der Echtzeitkommentierung der Geschehnisse via Twitter ließ sich die Polizei nicht entgehen und war so auch online ein wichtiger diskursiver Player. „Der Polizeiaccount erreichte durch Re-Tweets mehr Menschen als der des Blockupy-Bündnisses, der am Protest-Tag eine ähnliche Followeranzahl aufweisen konnte“ (Nebel 2015). Doch die polizeiliche Twitter-Offensive läuft seit circa einem Jahr, in Frankfurt hatte sie ihren vorläufigen Höhepunkt und wird mit Sicherheit andauern. Im März 2014 begann auch die Berliner Polizei anlässlich einer überregionalen Antidepressionsdemonstration damit. Bereits hier adressierte sie Demo-



teilnehmer\_innen direkt: „Bitte unterlassen Sie das Anlegen von Vermummung in der Versammlung. #b2203, #antirep14“ oder „An die Personen im Bereich #Moritzplatz, für eine Demo: Bitte einen Verantwortlichen benennen und bei der #PolizeiBerlin melden. #antirep14“. Bedenklich ist am Beispiel Berlin, dass auch Polizeikräfte direkt vor Ort twittern und ihre subjektiven Eindrücke im Namen ihrer Behörde verbreiten. Im Kampf um die Deutungshoheit von Protesten wird Twitter künftig eine wichtige Rolle spielen. Die demokratische Abstimmung und Bewertung von politischen Geschehnissen und Auseinandersetzungen wird damit von der Polizei beziehungsweise sogar von einzelnen BeamtenInnen vollzogen. Die deutsche Polizei will offenbar die Innenpolitik aktiv mitgestalten und übersteigt damit eindeutig ihre Kompetenzen. Sie versucht dies mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit und macht sich dabei neue Kommunikationskanäle zu Nutze. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Kommunikationsstrategie zum bereits angesprochenen integralen Gesamtkonzept des deutschen Protest Policing passt. „Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit wird als

ein taktisches Maßnahmenbündel verstanden, das verschiedene Kommunikations- und Beeinflussungstechniken gegenüber der Bevölkerung, der Öffentlichkeit, den Medien, den Veranstaltern und den Demonstranten beinhaltet. Das Wort wird damit zum taktischen Instrument der Polizei, die Sprache zum Einsatzmittel. Bezweckt wird mit der Einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit, Verständnis für die polizeilichen Maßnahmen herzustellen, Entschlossenheit der Polizei zu demonstrieren und gegenüber den potenziellen Störern die Erfolglosigkeit unfriedlicher Aktionen zu signalisieren“ (Winter, 2006).

### Nach Blockupy in Hessen: „Schutzparagraph 112“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) klagt, Blockupy habe sich nach den einzelnen brennenden Autos und Barrikaden sowie nach den Zerstörungen von Banken nicht ausreichend distanziert. Als Folge davon und um deutlich zu machen wer und was „geschützt werden muss“, bringt die schwarz-grüne Landesregierung nun die Gesetzesinitiative „Schutzparagraph 112“ auf den Weg. Angedroht wird eine Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten bis zu 5 Jahren, sollte es zu Angriffen auf PolizistInnen, Rettungskräfte und/oder Katastrophenschutz kommen. In wie weit damit alle Teilnehmer\_innen angemeldeter Aktionen betroffen sein können, sobald es zu unbestätigten Handlungen gegen die Polizei kommt, wird nicht geklärt. Es erscheint

offensichtlich, dass durch diese Initiativen, die Menschen abgeschreckt werden sollen, sich bei Demonstrationen zu beteiligen – besonders an linken. Reiner Wendt, Vorsitzender der deutschen Polizeigewerkschaft erläutert außerdem: Kommt es bei Demonstrationen zu Gewalt, sollten künftig „auch diejenigen bestraft werden, die sich nach Aufforderung nicht aus einer gewalttätigen Menschenmenge entfernen“. Oliver Malchow jetziger Bundesvorsitzender der GdP versucht seinen rechten Kollegen zu überbieten und verlangt für seine Einsatzkräfte einen Freibrief, zu tun was sie für richtig halten oder wie er es nennt, den „uneingeschränkten Rückhalt der Politik“ (Neuerer 2015). Polizeipräsident Gerhard Bresewill gab passend dazu gegenüber des hessischen Rundfunks am 14. April 2015 bekannt, dass sogar der Einsatz von Schusswaffen gerechtfertigt gewesen wäre. Wie in den letzten Jahren bei Demonstrationen, Blockaden, Kundgebungen usw. zu beobachten ist, trägt die Polizei immer wieder zur Eskalation bei. Sie ist Konfliktpartei und nicht

Moderation. Die angestrebten Sonderrechte sind kein Teil einer Deeskalationsstrategie, im Gegenteil. Es ist offensichtlich ein weiterer Versuch Proteste polizeilich zu lösen, was nicht gelingen wird, aber eine Brutalisierung der Konflikte möglich macht.

### Fazit: Autoritäre Krisenlösungen – autoritäre Protestbewältigung

Der Neoliberalismus hat nicht trotz, sondern wegen des ökonomischen Liberalismus eine autoritäre staatliche Seite, die sich nicht zuletzt in der Verpolizeilichung (Policing) sozialer Konflikte zeigt. Das herrschende Wirtschaftssystem produziert permanent Ausschlüsse – und den Ausgeschlossenen tritt der Staat disziplinär-autoritär gegenüber: Mit Überwachungskameras, mit einer Architektur gegen Wohnungslose und mit militarisierten und hochtechnisierten Grenzen. Mehr Disziplin, das kriegen vor allem diejenigen zu spüren, an welche sich die Anrufungen zur Selbstoptimierung gar nicht mehr richten – und diejenigen, die es wagen aufzubegehren. Um Letztere kümmert sich das Protest Policing, von der Gefahrenprognose bis zur Funkzellenauswertung. Dabei gibt es wie aufgezeigt (noch) nationale Unterschiede und während der türkische Staat Twitter am liebsten ganz abschalten würde, nutzt der deutsche den Dienst für sich. Hierzulande wirken noch mehr soziale Kohäsionskräfte, die Hegemonie ist noch stabil. Auch das Aufbegehren ist in Deutschland noch weitgehend ein Job für Berufsaktivist\_innen – nicht zuletzt, aber vielleicht auch deshalb, weil es den Trend dazu gibt Proteste zu umarmen, zu spalten, in guten und schlechten Protest zu sortieren. Das alles trägt zu einem Gefühl der Ohnmacht bei, zu einem Gefühl, dass auf die Straße zu gehen sowieso keinen Sinn hat. Politische Akteure, wie das Blockupybündnis, sind Teil europäischer Proteste, welche mit aller Kraft delegitimiert, entpolitisiert und reduziert werden sollen. Gleichzeitig findet eine Politisierung da statt, wo sie nicht stattfinden darf: Bei den Exekutivorganen – der Polizei. Die Polizei wird auf mehreren Handlungsebenen der Akteur, der dafür Sorge zu tragen hat, dass es hier weiterhin eine im internationalen Vergleich kleine Protestkultur gibt. Vor dem Hintergrund der polizeilichen Kooperation muss man befürchten, dass die Polizei auch in Zukunft nicht an einer Deeskalationsstrategie arbeiten wird und auch hier andere Maßnahmen – bspw. öfter CS-Gas – einsetzen wird. Der Zusammenhang zwischen dem Blockupy-Training mit den französischen Kollegen, für die Tränengas ein normales Einsatzmittel ist, und der tatsächliche Einsatz bei den diesjährigen Protesten, ist sicher kein zufälliger. Wenn der Protest doch ausnahmsweise heftiger ausfällt als gewohnt, reicht Twitter eben nicht allein. Trotz allem haben der 18. März wie auch die bisherigen Frankfurter Protestereignisse gezeigt, weder lassen sich Aktivist\_innen abschrecken noch Frankfurter Bürger\_innen das Grundrecht auf Protest und Versammlung nehmen. Und auch all die vergangenen Proteste in Griechenland, Spanien, Istanbul, London hinterlassen auch hoffnungsvolle Zeichen: politischer Protest lässt sich weder wegreden noch wegprügeln.

Blockupy hatte angekündigt entschlossen und durchsetzungsfähig, kontrolliert und organisiert auf die Straße zu gehen – und lädt die Menschen in Frankfurt, Berlin oder andernorts dazu ein, das gemeinsam zu tun. Das hat in weiten Teilen geklappt und das wird es auch in Zukunft tun!

### Literatur

Monroy, Matthias, 2014, <http://www.heise.de/tp/artikel/33/33008/1.html>  
BT Drucksache 18/51, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/000/1800051.pdf>  
BT Drucksache 18/404, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/004/1800404.pdf>  
Winter, Martin, 2006; Protest Policing, in: Lange, Hans-Jürgen (Hrsg.), 2006, Wörterbuch zur Inneren Sicherheit, VS Verlag, Wiesbaden  
Nebel, John, F., 2015, <http://www.metronaut.de/2015/03/twittern-zur-aufstandsbekaempfung/>  
Neuerer, Dietmar, 2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/polizei-zu-blockupy-protesten-innere-sicherheit-deutschlands-ist-ernsthaft-bedroht/11527282.html>  
Flyer der Polizei Hessen: <http://www.eastside-frankfurt.de/wp-content/uploads/Polizei-Flyer-18.3..pdf>  
Bericht des Grundrechtekomitees, Blockupy 2015: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/687>

### Update zu den §129b Verfahren. Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen.

Jüngst war Gülaferit Ünsal, die wegen Verstoß gegen §129b in Berlin-Pankow eingesperrt ist, für 54 Tage in einem Hungerstreik. Nach 54 Tagen konnte sie dank Solidarität, von ebenfalls 6 Hungerstreikenden §129b Gefangenen, und von draußen durchsetzen, dass das Mobbing eingestellt wurde und sie freien Zugang von Zeitschriften erhält. Aus aktuellen Grund deswegen einige Hintergründe zu diesem "Anti-Terrorparagrafen §129b".

### §129b

Gerade in der Verfolgung von politischen AktivistInnen spielen Organisationsdelikte eine wesentliche Rolle: durch die Gesetzgebung muss weder eine sogenannte konkrete Tat noch eine sogenannte illegale Handlung nachgewiesen werden, sondern ausschließlich die Zugehörigkeit zu einer Gruppierung, die entweder als kriminell oder als terroristisch von geheimen Gremien aus der EU oder von Offiziellen des Bundesjustizministeriums eingestuft werden.

Als juristische Waffe dient den Herrschenden dabei der § 129b („Mitgliedschaft/Unterstützung/Werbung in/für terroristischen Vereinigung im Ausland“) In

langjähriger Tradition richtet sich die Verfolgung insbesondere gegen linke migrantische Organisationen, denen PKK- TKP-ML und DHKP-C-Mitgliedschaft vorgeworfen wird.

### Fazit

Hier in der BRD werden türkische und kurdische GenossInnen wegen ihrer politischen Arbeit ( z.B. Organisation von Konzerten der Grup Yorum oder Arbeit zu Gefangenen) verhaftet und in Isolationshaft gesteckt. Der ehemalige Inhaftierte Faruk Ereren, bezeichnet das umfassende Isolationsprogramm als „Weiße Folter mit dem Ziel, uns zu zermürben“. All das hat Ähnlichkeit mit den drakonischen Maßnahmen, denen die Gefangenen aus der RAF vor allem in den siebziger und achtziger Jahren ausgesetzt waren. Die Anklagen gegen diese AktivistInnen basieren häufig auf Foltergeständnissen aus der Türkei. Die Staatsschutzsenate haben durchweg keine Probleme, "Früchte vom vergifteten Baum", wie es der stellvertretende Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum ausdrückte, zu verwerten.

Eingeknastet nach §129b waren 40, zur Zeit sind es zirka 20 Gefangene. Die länderübergreifende Verfolgung politischer Oppositioneller aus der Türkei dient nicht nur den Interessen des türkischen Staates, sondern sie dient in erster Linie den Interessen der internationalen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den EU-Staaten sowie den USA. Die Türkei ist aufgrund ihrer strategischen Lage ein wichtiger Partner für das expansive NATO-Bündnis.

Die BRD etabliert sich somit mal wieder als Speerspitze der internationalen Aufstandsbekämpfung.

Ausführliche Infos findet ihr auch in der Zeitung der Roten Hilfe. Ein aktuelle Liste dieser Gefangenen ist unter [political-prisoners.net](http://political-prisoners.net) zu finden

### **Ukraine: truce the least bad option, but it gave space to fascists on all sides.** Autonomous Workers Union of Ukraine.

In terms of class theory, the Maidan protests [that overthrew president Viktor Yanukovich in February] can be defined as a bourgeois democratic movement. aiming at restoring the liberal political and individual rights and freedoms and defending the interests of the bourgeoisie which had been threatened by president Yanukovich. This movement ousted Yanukovich and brought to power a right liberal bourgeois government.

There was a threat of the far right seizing power in Ukraine, in the short period of a power vacuum [after the Yanukovich regime collapsed] but they failed to seize the chance. Today they are acting rather as junior partners of the government, at the same time trying to compete with it where possible. The elections results and polls show that people broadly support (1) moderation, stability and

patriotism (which is personified by [the new] president, Petro Poroshenko); and (2) pseudo-radical populism (epitomised by Oleg Liashko [leader of the populist Radical Party in the Ukrainian parliament]). The far right can not secure enough votes to get into the parliament; judging by opinion polls, Svoboda, the one parliamentary party that could be called fascist – or at least right populist – may fail to get enough votes to stay in parliament after the elections on 26 October. In order to get political power they have to squeeze their representatives in other, more popular, centrist election lists.

### **Ukrainian nationalism and fascism**

Contrary to the widespread concerns, nationalist sentiment has not become widespread in the society immediately after Maidan (although the nationalists, unlike leftists, had everything at their disposal to push their agenda at Maidan). But nationalism indeed became the dominating ideology in Ukrainian society after the Russian aggression started [with the annexation of Crimea in March] and escalated: it was a sad but inevitable consequence. In a more long-term retrospective, the agents most responsible for popularising radical nationalism in Ukraine over the last four years have been media and the intelligentsia generally. It is they who are responsible for the electoral success of Svoboda in 2012, when it received 10.4% of the vote. (Also, the then ruling Party of Regions was obviously trying to boost Svoboda as a harmless opposition). It is the media and the intelligentsia who now continue active support of the Right Sector (RS) and outright Nazis from the Social National Assembly (SNA), artificially inflating their approval ratings. The SNA has engulfed and digested all the active far right forces which had been previously accumulated under the umbrella of RS, or is in the process of doing so. They are gaining the political momentum which had been lost by RS after it had to transform itself into a regular civil political party in the spring. They are a great threat for the left and for minorities, but they are unable to gain power. (Far right violence against the left started growing in 2012 – not in 2014 as is commonly believed – but right now there's actually a certain pause.) We could compare the current situation with Italy, or other countries that have a tradition of an alliance between nazis and the police. One of the military units fighting on the pro-Ukrainian side, the Azov battalion, is indeed fully neo-nazi. Also, the far right are present to some extent in other volunteer battalions, but they don't play any significant role there. Most of the volunteers are regular people, only recently politicised and having rather abstract patriotic political views. Also, the regular army units fighting in the east of Ukraine are far more numerous than volunteers, who just have much better publicity.

### **The military conflict and the truce**

In Kyiv the government exploits patriotic hysteria, and potentially could use fascists for reaching its political

goals in the future. But the “people’s republics” in Donetsk and Luhansk have actual fascist movements in power with fascist ideology – even though they use the image of Lenin and red flags. The unstable truce and “special status” of Donbass guaranteed by recent agreements allows those fascist political entities to gain strength and survive. Nevertheless, it is better than continuing the fighting without any hope for a quick end. This was the best of all the bad possible choices. It allows the far right on both sides political room, while the left agenda is being pushed even further away.

### Ukraine’s neo-liberal government

The neo-liberal slogans and threats we have seen from Ukrainian government for the last six months don’t differ much from the traditional rhetoric of any Ukrainian government for the last decade. The first few months of Yanukovich’s rule, for example, were also full of such declarations, but then neoliberals in the ruling camp lost to the more populist conservative wing.

The austerity measures already taken by the current government would have anyway inevitably been taken by Yanukovich after his victory at the presidential elections in 2015: this was a universally acknowledged forecast, long before the Maidan protests. So far we cannot say whether the current government will be more neo-liberal than its predecessors in practice. Of course they want to, but it’s not clear whether they will have objective possibilities for this. In November people will get utility bills with new, raised tariffs. They will also suffer from the further deepening of economic crisis, and the real incomes of the working class will fall further. But we shouldn’t count on a “social Maidan” this winter. It is impossible – because of the extremely high level of patriotic hysteria, on the one hand, and the extremely low level of development of social movements and political organisation of the working class, on the other hand. In the late spring we saw encouraging events such as the miners’ protests in Kriviy Rig, but so far they are anecdotal cases. Generally, the proletariat is silent.

### The left in Ukraine and internationally

The Ukrainian left is weak and small. There are “post-Trotskyists” from the Left Opposition who are now engaged in fruitless attempts at building another broad left party, using Maidan as a base. There are syndicalists from the Autonomous Workers’ Union who were not present at Maidan organisationally, but issued “critical support” of Maidan in January and are now trying to find a political strategy which would be adequate to the new realities. There are “left rightists” from Autonomous Resistance who have attracted fans of riot porn and actions for the sake of actions – and are now taking part in the war on the side of the Ukrainian government. And there are Stalinists from Borotba who have been isolated and are boycotted by all other leftists in Ukraine, but are very popular among Western leftists.



**What kind of support do we seek from foreign comrades?** First of all, please spare some time on trying to understand the situation in Ukraine and don’t support the pseudo-antifascist fans of actually fascist “people’s republics” in Donbass.

Second, in your respective countries you can put forward a positive program of solidarity with Ukraine: debt write-off and extensive financial support from the EU, conditional on the leftist reformist agenda (contrary to the current help from the IMF, which is conditional on the anti-labour austerity measures).

Finally, it’s very important to criticise the Ukrainian far right, which is gaining much political ground in the current political atmosphere – only it has to be done correctly, without hysteric declarations about an [imaginary] “fascist junta” [in government] which actually serve the opposite purpose. People see that if *this* is fascism, then probably there’s nothing wrong with it.

**Outingaktionen in Dresden.** Anonym auf [linksunten.indymedia.org](https://linksunten.indymedia.org).

Wie schon im Mai, wurden auch in den letzten Tagen Menschen vom rechten Rand in Dresden aus der Deckung geholt. Nachdem es zu letzt die beiden AfD-Politiker Detlef Cornelius und Gordon Engler getroffen hatte (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/144483>), traf es nun die beiden Nazis Hans-Holger Malcomeß und Sören Oltersdorf. Es ist an der Zeit RassistInnen in Dresden aus der Deckung zu holen und ihnen das Gefühl von Sicherheit zu nehmen. Aus diesem Grund wurden in den Wohngebieten der besagten Personen mehrer hundert Flyer verteilt.

Vorsicht in der Nachbarschaft!

Hans-Holger Malcomeß wohnt in der Schillerstraße 15, 01326 Dresden-Loschwitz (Tel.:0351 82129885 / 0175 5990107) und wurde am 02.12.1973 in Chemnitz geboren. Malcomeß ist ehemaliger Fraktionsgeschäftsführer der AfD-Stadtratsfraktion Dresden, aus welcher er sich im Februar 2015 zurück zog. Der Unternehmer hat eine tiefgehende rechtsradikale Vergangenheit, welche immer wieder als „Jugendsünde“ relativiert wurde. Bereits 1990 trat er der DSU (Deutsche Soziale Union) bei, zu deren Landesvorstand er wenig später gewählt wurde. Gleichzeitig pflegte Malcomeß einen intimen Kontakt zu der mittlerweile verbotenen „Wiking Jugend“. Außerdem war er Initiator der ab 1994 stattfindenden „Dresdner Freitagsgespräche“, welche eine Sammelstelle für RassistInnen, ChauvinistInnen

und SexistInnen jeder Form darstellte. Unter anderem waren hier VertreterInnen der rechts-konservativen Burschenschaft Cheruskia, der NPD, DVU und Republikaner Stammgäste. Auch tritt Malcomeß entschieden für einen geschichts- revisionistische Sicht über die Wehrmacht auf. So war er es, der zur Gründung der „Initiative gegen die pauschale Verurteilung der Wehrmacht“, aufrief. Seine Internetseite ([www.malcomess.de](http://www.malcomess.de)) strotzt vor verschwörungstheoretischen Film- und Internettipps, welche immer wieder Israel und die USA als Grundübel der Welt darstellen. Schon seit langer Zeit sieht die Öffentlichkeit in Dresden über die Nazi-Vergangenheit Malcomeß hinweg. So durfte er im Januar 2007 an der TU Dresden referieren und ein Jahr später eine Rede in der Dreikönigskirche halten. Eine Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit fand bis heute nicht statt. Es ist bezeichnend für Dresden, dass solche Personen frei und anerkannt in dieser Stadt agieren können. Hans-Holger Malcomeß ist ein intellektueller rechts Außen, welcher mit verantwortlich ist für die rassistische Hetze die jeden Montag stattfindet.



Vorsicht in der Nachbarschaft!

Sören Oltersdorf, geboren am 12. März 1991 und derzeit wohnhaft in der Alexander-Herzen-Strasse 49 in 01109 Dresden-Klotzsche, ist keinesfalls der nette und liebe Nachbar von Nebenan, auch wenn man dies denken könnte. Oltersdorf ist seit ein paar Jahren aktiv in die Neonaziszene Sachsens eingebunden. Er organisiert und unterstützt Veranstaltung dieser sogar regelmäßig. Zuletzt trat der heute 24 Jährige als Anmelder und Leiter einer Demonstrationen in Dresden-Klotzsche in Erscheinung. Auf dieser Veranstaltung wurde versucht, mit rassistischen Ressentiments, Stimmung gegen ein geplantes AsylbewerberInnenheim zu erzeugen. Des weiteren nahm Oltersdorf am 22. März 2014 am JN-Europakongress (NPD-Jugend) in Kirchheim (Thüringen) teil. Hier fungierte er sogar als Ordner. Ein Jahr zuvor war er Fotograf und Teilnehmer einer Neonazi-Demonstration am 13. Februar in Dresden. Organisiert wurde diese vom „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“, welches von der rechtsextremen NPD und den militanten „Freien Kräften“ unterstützt und getragen wird. Derzeit ist Sören Oltersdorf Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD), hier war er bis April 2014 sogar im Kreisvorstand aktiv. Die Partei rechts der CDU scheint sein Treiben nicht sonderlich zu stören. So verkündete der Landesverband der Partei: „Genauso sollte es sein: Es steht außer Frage, dass es in einer idealen politischen Kultur möglich sein müsste, Veranstaltungen jenseits des eigenen Horizonts zu besuchen.“. Da Dresden RassistInnen und Nazis duldet, ja sogar toleriert, muss es unsere Aufgabe sein, diese aus der Deckung zu holen!  
Fight facism!